

WOLFGANG HARICH

Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus

I

In der gegenwärtigen Situation wird die Entwicklung Deutschlands zum Sozialismus durch die folgenden Faktoren begünstigt:

1. Die Kräfteverhältnisse der internationalen Politik. a) Es existiert das mächtige Lager der sozialistischen Länder im Osten, das die revolutionären Kräfte in Deutschland allseitig unterstützen und ihnen ein Höchstmaß an taktischer Elastizität ermöglichen kann. b) Der kapitalistische Teil Deutschlands ist von Ländern umgeben, die entweder selbst sozialistisch sind (DDR, CSR) oder die nicht in die deutschen Angelegenheiten intervenieren werden (Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Schweiz, Oesterreich) oder in denen starke kommunistische und sozialistische Parteien existieren (Frankreich, Italien). c) Das Fortschreiten der internationalen Entspannung, kombiniert mit dem Anwachsen der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten und der Befreiungsbewegung der kolonialen und abhängigen Völker, führt dazu, daß der Einfluß des amerikanischen Imperialismus in Westeuropa in wachsendem Maße geschwächt und paralysiert wird, daß Militäralianzen wie der Atlantikpakt sich von innen her zersetzen und die aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus mehr und mehr in die Isolierung geraten. d) Infolge der blutigen Erfahrungen, die die europäischen Völker mit dem Hitlerfaschismus gemacht haben, ist es nicht schwer, die reaktionären Kräfte in Westdeutschland vor der Weltöffentlichkeit zu isolieren und ihre Unterstützung durch reaktionäre Kräfte anderer kapitalistischer Länder auf ein Minimum herabzudrücken. e) Die Besatzungstruppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die in Westdeutschland stationiert sind, werden gegen eine sozialistische Entwicklung in Westdeutschland nicht wirksam einschreiten können, vorausgesetzt, daß diese sich auf dem Wege einer friedlichen, parlamentarischen Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und einer allmählichen Umgestaltung der westdeutschen Wirtschaft vollzieht, einer Umgestaltung, von der zunächst nur die Grundindustrien betroffen werden.

2. Die Kräfteverhältnisse in Deutschland selbst. a) Auf deutschem Boden – in der DDR – sind sowjetische Truppen stationiert, deren Anwesenheit den Errungenschaften der DDR Schutz bietet und gleichzeitig der Partei der deutschen Arbeiterklasse, der SED, ein Höchstmaß an taktischer Beweglichkeit ermöglicht. b) In einem

Wolfgang Harich (1923-1995)

Aufzeichnungen von Gustav Just (aus seinem Buch: »Zeuge in eigener Sache«, Berlin 1990):

Der XX. Parteitag der KPdSU [Februar 1956] bescherte uns allen eine große Überraschung. Die unvermittelt scharfe Kritik an Stalins Fehlern traf uns wie ein Schlag auf den Kopf. [...] Begierig erwarteten wir die Berichterstattung der deutschen Delegation. Mit dem ihm eigenen Mangel an Fingerspitzengefühl erklärte Ulbricht in seinem Artikel, Stalin sei kein Klassiker, und er machte der Jugend den Vorwurf, sie habe sich zuviel mit Stalin beschäftigt. Ich glaube, daß ihm eine so empörte Reaktion noch nie zuteil wurde. (S. 45)

In Polen, so hörten wir, wurde die Geheimrede Chruschtschows veröffentlicht, bei uns wurde sie in immer dünner werdenden Aufgüssen an die Genossen mündlich weitergegeben und damit praktisch verschwiegen. Die Westpresse sorgte dafür, daß sie doch veröffentlicht wurde, und es gibt, so glaube ich, niemanden unter den Intellektuellen, zumindest in Berlin, der sie nicht gelesen hätte... (S. 47)

Drittel Deutschlands – der DDR – herrscht die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern und bestehen zum Teil sozialistische Produktionsverhältnisse, die jedenfalls allen entscheidenden Zweigen der Industrie und teilweise auch der Landwirtschaft und dem Handel das Gepräge geben. c) In Westdeutschland vertieft sich wachsend der Gegensatz zwischen dem Willen der Volksmassen einerseits und der Politik der reaktionären und aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus andererseits. Besonders wichtig ist dabei die Tatsache, daß diesmal, im Gegensatz zu den dreißiger Jahren, der deutsche Imperialismus den Übergang zur Aufrüstung und zur allgemeinen Wehrpflicht in einer Periode der Hochkonjunktur und *nicht*, wie damals, nach Jahren der Krise und Massenarbeitslosigkeit vollzieht. Hinzu kommt, daß in den Massen des deutschen Volkes noch die Erinnerung an das Grauen des II. Weltkriegs wach ist und daß sie von der militärischen Unbesiegbarkeit des sozialistischen Lagers überzeugt sind. Diese Faktoren bedingen, daß die Politik der Aufrüstung bei den Massen in Westdeutschland keinerlei Sympathien findet (was in den dreißiger Jahren, unter Hitler, ganz anders war), und es ist klar, daß der Gegensatz zwischen den reaktionären Kräften der westdeutschen Politik und den Volksmassen sich in dem Maße vertieft wird, wie diese die wirtschaftlichen Auswirkungen der Aufrüstung zu spüren bekommen werden.

3. In wirtschaftlicher Beziehung ist entscheidend, daß der kapitalistische Teil der Welt, mit Einschluß Westdeutschlands, einer Krise entgegengeht. Die Absatzstockungen in der amerikanischen und englischen Automobilindustrie, die Symptome überhitzter Konjunktur in Westdeutschland usw. bezeichnen den ersten Beginn einer solchen Krise. Es ist klar, daß die Fortsetzung der Politik der Entspannung und die damit zusammenhängende Abrüstung die Absatzschwierigkeiten der Imperialisten vergrößern werden. Eine Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wird, wie in allen westeuropäischen Ländern, auch in Westdeutschland eine objektiv revolutionäre Situation erzeugen. Ein faschistischer Ausweg aus einer kommenden Wirtschaftskrise ist heute, jedenfalls in Westeuropa, kaum noch möglich, weil die Völker, mit Einschluß des deutschen Volkes, auf Grund der Erfahrungen mit dem Hitlerregime gegen faschistische Abenteuer äußerst mißtrauisch sind.

4. In ideologischer Beziehung ist entscheidend, daß die Siegermächte des zweiten Weltkriegs, soweit es sich um kapitalistische Staaten handelt, zum Teil auf Grund ihrer eigenen, Jahrhunderte alten nationalen Traditionen, zum Teil aber auch, um die antifaschistischen Stimmungen der Massen von den zentralen ökonomischen und sozialen Fragen abzulenken und die Sowjetunion zu diskreditieren, seit 1945 in allen westeuropäischen Ländern eine Ideologie der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Rechtsstaats, der Freiheit des Individuums, der Prinzipien des Liberalismus usw. verbreitet haben. Diese sogenannte »westliche Ideologie« war in den vergangenen Jahren stets eine wirksame Waffe des Kampfes gegen den Kommunismus, sie kann in Zukunft aber in ein Hemmnis der imperialistischen Politik selbst umschlagen,

Mit großem Interesse stürzten wir uns auf einen Artikel, den Palmiro Togliatti in Form eines Interviews in NUOVI ARGUMENTI veröffentlicht hatte. Unsere Zeitungen brachten ihn verstümmelt, seiner wesentlichen Gedanken beraubt, aber FREIES VOLK [die in Düsseldorf erscheinende KPD-Zeitung] – da muß die Anleitung nicht geklappt haben – brachte ihn in vollem Wortlaut [am 26. Juni 1956]. Togliatti versuchte, den Personenkult marxistisch zu analysieren, er meinte, daß ein ganzes System von fehlerhaften Einstellungen und Handlungen überwunden werden müsse. [...] (S. 47 f.)

insofern, als sie es den Imperialisten erschwert, den Weg der faschistischen Diktatur, der Einschränkung und Beseitigung der bürgerlichen Freiheiten zu beschreiten. Gleichzeitig haben die kommunistischen Parteien nach dem XX. Parteitag der KPdSU große Möglichkeiten, unter Ausnutzung der im Westen bestehenden bürgerlichen Freiheiten die Entwicklung zum Sozialismus voranzutreiben und aus denselben liberalen und bürgerlich-demokratischen Ideen, die bei den imperialistischen Ideologen eine reine demagogische Heuchelei sind, eine ideologische Waffe des Kampfes für den Fortschritt und den Sozialismus zu machen. Die Liquidation der negativen Seiten der Stalinschen Ära in der Sowjetunion, die den Feinden des Sozialismus bestimmte Argumente ihrer Agitation aus der Hand schlägt, bietet dafür die beste Voraussetzung, sie eröffnet den Kommunisten jede Möglichkeit, ein, unter ihrer Führung stehendes, Bündnis mit der Sozialdemokratie und den liberalen Kräften des Bürgertums gegen den Imperialismus herzustellen.

II

In der gegenwärtigen Situation stehen der sozialistischen Entwicklung Deutschlands die folgenden Faktoren hinderlich im Wege.

1. In Westdeutschland besteht zur Zeit noch eine Hochkonjunktur. Es herrscht Vollbeschäftigung, und das kleinbürgerliche Gewerbe floriert nahezu ebenso wie die großkapitalistische Produktion. Es muß in Westdeutschland erst ein Zustand der Krise eingetreten sein, ehe von einer Radikalisierung der Massen die Rede sein kann. (Allerdings reift ein solcher Zustand heran.)

2. Der Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland ist im Durchschnitt relativ hoch. Es muß sich das erst drastisch ändern, ehe die Massen bereit sein werden, eine Politik grundlegender, tiefgreifender Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse zu fordern. (Allerdings bedeutet bereits der Übergang zur Aufrüstung unvermeidlicherweise ein Absinken des Lebensstandards.)

3. Da sich in Westdeutschland nach dem Kriege unter kapitalistischen Verhältnissen ein schneller Wiederaufbau und ein rapider Aufschwung der Wirtschaft vollzogen haben, haben die reaktionären, restaurativen Kräfte des deutschen Kapitalismus eine starke Massenbasis im Kleinbürgertum, während gleichzeitig die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse den Parolen der rechtssozialistischen Führer folgt. Die KPD ist zur Zeit noch nahezu völlig isoliert, die linke Opposition in der Sozialdemokratie entwickelt sich zwar, kann bis jetzt aber noch von der rechtssozialistischen Führung in Schach gehalten werden.

4. Die DDR stellt bis jetzt im Bewußtsein der Massen noch kein begeisterndes Beispiel für eine sozialistische Entwicklung Gesamtdeutschlands dar, sondern wirkt eher abschreckend. Das zeigt sich besonders deutlich darin, daß selbst entschieden oppositionelle

Am Sonntag, es war wohl der 23. Oktober, erfuhren wir, leider nicht aus unseren Medien, das Wichtigste über die Veränderungen in Polen. Die Rede Gomulkas auf dem 8. Plenum, die ich im westlichen Rundfunk hörte und später in der FRANKFURTER ALLGEMEINE und in der Wroclawer ARBEITERSTIMME las, machte auf mich einen tiefen, unauslöschlichen Eindruck. Das war ein neuer Ton, das war die Wahrheit! Himmelweit entfernt von den genormten phrasenhaften Reden von oben, die wir in den letzten Jahren vorgelesen bekamen. In Polen hatten die Kräfte gesiegt, mit denen wir uns zutiefst verbunden fühlten. (S. 87)

Angesteckt durch das polnische Beispiel waren auch die ungarischen Arbeiter und Studenten [am 23. Oktober] auf die Straße gegangen. Imre Nagy war Hals über Kopf Ministerpräsident geworden, in seinem Kabinett saß Lukács als Kulturminister, Gerő, dieser Getreue Rakosis, hatte die friedlich demonstrierende Menge beschimpft und den Einsatz sowjetischer Panzer veranlaßt. Es kam zu Schießereien, Straßenkämpfen. [...] (S. 94 f.)

Wir meinten [...], daß die Massen bei uns unserer Führung nicht wesentlich anders gegenüberstehen als die in Ungarn der ihren. Der Unterschied ist höchstens ein quantitativer, nicht ein qualitativer, wie der 17. Juni zeigte. Um ungarischen Ereignissen vorzubeugen, muß also die Partei selbst möglichst schnell die von ihr eingeleitete Demokratisierung beschleunigen, um Zündstoff aus dem Wege zu räumen. Die Partei muß sich wie in Polen an die Spitze einer Bewegung stellen, die in den sozialistischen Ländern objektiv in den Massen vorhanden ist – nicht vom Gegner hineingetragen! –, damit sich der Gegner nicht, wie in Ungarn, dieser Bewegung bemächtigen kann. [...] (S. 101)

Kräfte in Westdeutschland, wie z. B. der linke Flügel in der Sozialdemokratie, gezwungen sind, sich immer wieder von der DDR und der SED zu distanzieren, wenn sie sich nicht in derselben Weise von den Massen isolieren wollen, wie das bei der KPD oder beim »Bund der Deutschen« (gegründet von Altreichskanzler Wirth) oder bei der »Sozialdemokratischen Aktion« der Fall war und heute noch der Fall ist.

III

Es ist völlig klar, daß in einer zukünftigen sozialistischen Umgestaltung Gesamtdeutschlands den sozialen Errungenschaften der DDR und den politischen Kräften, die in der DDR den sozialistischen Aufbau meistern, also in erster Linie der SED, entscheidende Bedeutung zukommt. Sollen jene Errungenschaften und diese politischen Kräfte aber in der gesamtdeutschen Entwicklung maximal wirksam werden, so muß darüber Klarheit bestehen, daß die DDR nicht irgendein Land des sozialistischen Lagers, nicht irgendeine Volksdemokratie, die den anderen Volksdemokratien gleichgestellt werden könnte, ist, sondern daß es sich bei ihr um den *Ausgangspunkt, die Bastion und das Instrument der sozialistischen Entwicklung in ganz Deutschland* handelt. Die Frage ist, ob darüber wirklich die nötige Klarheit besteht. Nach meiner Überzeugung stehen wir [?] hier vor einer Alternative. Entweder wir betrachten die DDR als eine gewöhnliche, nur leicht modifizierte Volksdemokratie, die im wesentlichen vor den gleichen Aufgaben steht wie die anderen Volksdemokratien auch, das heißt: vor Aufgaben, die für den Übergang vom Kapitalismus zum *vollendeten* Sozialismus charakteristisch sind, – dann müssen wir auf eine führende Rolle der SED und der KPD im Kampf der fortschrittlichen Kräfte im gesamtdeutschen Rahmen und auf eine sozialistische Umgestaltung ganz Deutschlands für eine lange Periode verzichten. Oder wir wollen, gestützt auf die Errungenschaften der DDR, die Entwicklung zum Sozialismus in ganz Deutschland vorantreiben, der KPD und SED die führende Rolle und eine breite Massenbasis im gesamtdeutschen Kampf für den Sozialismus sichern, dann dürfen wir in der DDR selbst in den nächsten Jahren nicht den Weg der Volksdemokratien zum vollendeten Sozialismus fortsetzen, dann muß vielmehr die gesamte Strategie und Taktik der SED und jede Maßnahme, die in der DDR durchgeführt wird, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie der Isolierung der westdeutschen imperialistischen Reaktion, der Mobilisierung der fortschrittlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte im gesamtdeutschen Rahmen und der Verbreiterung der Massenbasis der SED und KPD in beiden Teilen Deutschlands dient. Einen Mittelweg gibt es nicht. Mir scheint, daß der zweite Weg der einzig richtige ist, daß er allein die Möglichkeit bietet, die objektiven Chancen einer sozialistischen Entwicklung in ganz Deutschland maximal auszunutzen und die gefährlichen Pläne der deutschen imperialistischen Reaktion [?] zu durchkreuzen, während der erste Weg schließlich *auch in der DDR selbst* zu einer Isolierung der Sache des Sozialismus von den Bestrebungen der Massen führen muß. Mir scheint weiter kein Zweifel darüber zu

bestehen, daß in den vergangenen Jahren seit 1945 unsere Politik zwischen diesen beiden Wegen geschwankt hat, daß wir bald den ersten, bald den zweiten Weg zu bevorzugen schienen und daß das eine Folge a) des kalten Krieges der amerikanischen Imperialisten, b) der starren, schematischen Seiten der sowjetischen Außenpolitik der Stalin-Aera und c) einer ungenügend gesamtnationalen Zielsetzung in der Führung der SED gewesen ist, die zeitweilig ihre Parole »Deutsche an einen Tisch«, ihre Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verständigung selbst nicht ernst genommen, sondern nur als ein Manöver betrachtet hat, das die einseitige Orientierung ihrer Politik am volksdemokratischen Schema abschirmen sollte. Die folgenden Überlegungen und Vorschläge gehen davon aus, daß wir von jetzt an mit unbeirrbarer Konsequenz und ohne jede Zweideutigkeit den zweiten Weg – den Weg der gesamtnationalen Zielsetzung des Sozialismus, den Weg der Verbreiterung der Massenbasis der Kommunisten im gesamtdeutschen Rahmen, den Weg des Bündnisses mit allen fortschrittlichen Kräften ganz Deutschlands, den Weg der fortschreitenden Isolierung der westdeutschen imperialistischen Reaktion – beschreiten und entschieden darauf Kurs nehmen müssen, in der kommenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft auch in Westdeutschland durch die Aktion der geeinten Arbeiterklasse einen sozialistischen Ausweg aus dieser Krise zu erzwingen. (Sollte diese Prämisse nicht richtig sein – was aber erst zu beweisen wäre –, so wären selbstverständlich die folgenden Überlegungen, Hinweise und Vorschläge hinfällig.)

IV

Von entscheidender Bedeutung ist, daß wir ohne Illusion die Frage beantworten, warum die DDR bis jetzt im Bewußtsein der breitesten Massen beider Teile Deutschlands noch keineswegs ein begeisterndes Beispiel für den sozialistischen Aufbau darstellt, warum diejenigen fortschrittlichen Kräfte, die sich in Westdeutschland zur DDR bekennen, von den Massen weitgehend isoliert sind, und warum auch in der DDR selbst eine derartige Lage besteht, daß die Durchführung von gesamtdeutschen Wahlen nach bürgerlich-demokratischem Muster mit einer katastrophalen Niederlage der SED enden würde. Die Ursachen dafür sind offenbar die folgenden:

1. Die deutschen Kommunisten – einschließlich der SED – sind vor den Massen der Arbeiterklasse in Deutschland durch Fehler ihrer Politik aus der Vergangenheit her belastet. (Vgl. dazu Anlage 1).
2. Der Durchschnittslebensstandard der Arbeiter und Angestellten ist im kapitalistischen Westdeutschland höher als in der DDR.
3. Das sozialistische Eigentum ist in der DDR vorwiegend in einer Form entwickelt, deren sozialistischen Charakter man nur erkennen kann, wenn man sich gewisse elementare Kenntnisse der marxistischen Theorie angeeignet hat, die wir bei der Masse der Arbeiter nicht voraussetzen dürfen. Es fällt daher unseren Klassenfeinden und den rechtssozialistischen Führern nicht schwer, das sozialistische Eigentum in demagogischer Weise als »staatskapitalistisch« zu diffamieren.
4. Besonders abschreckend wirken in diesem Zusammenhang der

Allerdings lehrte uns auch Ungarn, daß man in einem Lande, wo der Sozialismus infolge der faschistischen Vorvergangenheit und der stalinistischen Fehler der Vergangenheit derart schwach im Herzen und im Kopf der Massen verankert ist, sich nicht so wie die ungarischen Schriftsteller verhalten darf. Unter diesen Umständen wird nämlich jede bolschewistische Selbstkritik [...] doch von vielen Menschen als Attacke auf den Sozialismus überhaupt angesehen und kann also in der Wirkung – die natürlich nicht beabsichtigt war – auf eine Untergrabung des letzten Restes staatlicher Autorität hinauslaufen. (S. 101 f.)

So wurde uns klar, daß der polnische Weg bei uns schon nicht mehr gangbar war. Man konnte nicht eine aufwühlende Diskussion in aller Öffentlichkeit führen, die Auseinandersetzungen gehörten in die Partei. Das war unsere Linie: Unsere Gedanken formulieren und einem leitenden Parteiforum vortragen. In dem, was Harich, oft improvisiert aus dem Stehgreif, vortrug, schien mir so viel Beachtens- und Bedenkenswertes zu sein, daß ich ihn immer wieder aufforderte, diese Gedanken zu Papier zu bringen. Harich machte sich auch an die Arbeit, es kam jedoch nicht dazu, daß ich das Fertige jemals zu Gesicht bekam. (S. 102)

[Minister] Becher hatte seit langem seine Bereitschaft erklärt, mit den Lektoren des [Aufbau] Verlages über die politische Lage zu diskutieren. Die Veranstaltung fand an einem Donnerstag statt, und wenn ich mich nicht täusche, war das gleich nach Bußtag, also am 22. November. Becher kam mit seinem Adjutanten Thümmler und seiner Frau Lilly. Es wurde ein

straffe Zentralismus der Wirtschaftsführung in der DDR, alle sich daraus ergebenden – notwendigen und nicht notwendigen – Formen von Bürokratismus sowie der allzu enge Bewegungsspielraum für die Initiative der untersten Einheiten der Gewerkschaften.

5. Es besteht der Eindruck, daß in der DDR von seiten der Partei, der gesellschaftlichen Organisationen, des Staates und der Betriebsleitungen auf die Massen ein psychologischer und administrativer Druck ausgeübt wird, der sie zur Teilnahme an Kundgebungen, Versammlungen, politischen Schulungen, unbezahlten Arbeitseinsätzen für den Wiederaufbau usw. zwingt, zu lauter Dingen also, die die Freizeit und deren individuelle Gestaltung beeinträchtigen. Dieser Eindruck wird von der Demagogie unserer Gegner zu einer Gleichsetzung des sozialistischen mit dem faschistischen System ausgenutzt.

6. Unsere Landwirtschaftspolitik gilt nicht als vorbildlich. Der Hauptfehler wird darin gesehen, daß die private Wirtschaftsinitiative der selbständigen Klein-, Mittel- und Großbauern eingeeengt ist, die Belieferung mit Maschinen, Saatgut, Düngemitteln usw. zu wünschen übrig läßt und die Normen der Ablieferungspflicht zu hoch sind. Nach wie vor wird eine Wiederkehr von Zwangsmaßnahmen zur Kollektivierung befürchtet.

7. Unsere Mittelstandspolitik erweckt nach wie vor bei den Massen des Kleinbürgertums größtes Mißtrauen. Die Möglichkeiten der individuellen Kleinproduktion und der Privatinitiative des klein-kapitalistischen Unternehmertums in der DDR gelten als zu beschränkt.

8. Die Massen der Intellektuellen stehen unter dem Eindruck, daß es in der DDR keine geistige Freiheit gebe.

9. Die Kirchen nehmen verschiedene Tatsachen zum Anlaß, die SED und die Regierung der DDR zu bezichtigen, daß sie einen Kirchenkampf führten.

10. Nachhaltiges Mißtrauen erwecken alle Tatsachen, die mit der Verletzung der Gesetzlichkeit in der DDR, mit Übergriffen der Staatssicherheitsorgane, Mißständen in der Rechtsprechung usw. zusammenhängen. Es gilt als ausgemacht, daß in der DDR keine Rechtssicherheit bestehe.

11. Der Wiederaufbau der Städte in der DDR ist hinter dem Wiederaufbau in Westdeutschland weit zurückgeblieben. Unsere Städte bieten, mit westdeutschen Städten verglichen, häufig einen trostlosen Eindruck.

12. Das Kulturleben in der DDR ist auf manchen Gebieten nicht vielfältig genug.

13. In bezug auf die nationale Frage sind die SED und die Regierung der DDR durch die Tatsache belastet, daß die ehemals deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen und daß Ostpreußen teils an Polen, teils an die UdSSR abgetreten wurden. Diese Tatsache wird von unseren Gegnern zu einer schamlosen chauvinistischen Hetze gegen die Sowjetunion, die Volksrepublik Polen und die Regierung der DDR ausgenutzt. (Vgl. dazu Anlage 2).

14. Unsere gesamte politische Agitation in der Presse, im Rundfunk, in der Form von Hausagitation, politischen Versammlungen usw. ist in ihren Formen außerordentlich ungeschickt und wenig

wirksam. Rundfunk und Presse haben es vor allem nicht verstanden, Formen der politischen Massenbeeinflussung zu entwickeln, die geeignet wären, bei der Bevölkerung in Westdeutschland eine breite Resonanz zu finden. (Vgl. dazu Anlage 3).

15. Die kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern der Stalin-Aera wird von der Führung der SED in einer Weise gebremst, die bei den Massen in allen Teilen Deutschlands einen denkbar schlechten Eindruck macht. (Vgl. dazu Anlage 1).

16. In der SED sind außerordentlich starke Tendenzen zum Sektierertum und zur Ignorierung der gesamtdeutschen Aspekte des Klassenkampfes der deutschen Arbeiterklasse wirksam. (Vgl. dazu Anlage 1).

V

Um im gesamtdeutschen Rahmen eine Entwicklung zum Sozialismus zu erzielen, müssen wir diejenigen Erscheinungen, die das Vertrauen der Massen des deutschen Volkes zur DDR beeinträchtigen und die einem effektiven Bündnis zwischen der SED und den oppositionellen Kräften in Westdeutschland (Sozialdemokraten, Teilen des liberalen Bürgertums) im Wege stehen, auf ein äußerstes Minimum reduzieren. Im einzelnen sollte – nach meiner Überzeugung – folgendes getan werden:

1. Unbedingt erforderlich ist, daß sowjetische Truppen auf dem Territorium der DDR stationiert bleiben. Wichtig ist aber, daß von Zeit zu Zeit die völlige Unabhängigkeit der SED von der KPdSU und die Souveränität der DDR demonstriert wird. Das kann unter anderem dadurch geschehen, daß in der SED-Presse in irgendwelchen sekundären Fragen eine gewisse Distanzierung von der KPdSU erfolgt, daß gewisse kleine Meinungsverschiedenheiten – wie neulich zwischen Togliatti und Nenni einerseits und dem ZK der KPdSU andererseits – in der Beurteilung der Ursachen des Personenkults sichtbar werden. Wenn das, bei gleichzeitiger Anwesenheit sowjetischer Truppen auf deutschem Boden und bei Verbleiben der DDR im Warschauer Pakt, möglich ist, so wird es umso eher dazu beitragen, dem Gegner die Behauptung aus der Hand zu schlagen, daß es sich bei der SED und der sogenannten »Pankower Regierung« um »Satelliten« handle. Das Zusammenbestehen einer sowjetischen Besatzung und einer sozusagen »jugoslawisch« orientierten SED auf dem gleichen Boden der DDR würde die hergebrachten Konzeptionen des Gegners völlig durcheinanderbringen und böte die verschiedensten Möglichkeiten einer äußerst elastischen, beweglichen, den Gegner verwirrenden, die potentiellen Bundesgenossen faszinierenden Taktik.

2. Unbedingt erforderlich ist, daß die gesamte Staatsmacht in der DDR mit allen ihren Organen, daß die Massenorganisationen, der sozialistische Sektor der Wirtschaft usw. unerschütterlich fest in der Hand der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED, bleiben. Vor allen Dingen muß verhindert werden, daß die Initiative zu irgendeiner Maßnahme, die auf die Gewinnung der Massen abzielt, jemals von einer anderen Partei als der SED, also etwa von der

sehr interessanter Abend, wohl auch für Becher. Er war in der unglücklichen Lage, mit vielen unserer Ansichten einverstanden zu sein und dennoch als Mitglied des ZK die offizielle Meinung vertreten zu müssen.

Janka sprach über die Lage der Arbeiter, die Rolle der Arbeiterkomitees, sehr überlegt und fundiert. Lilly Becher war begeistert. Ich sprach darüber, daß es uns als Theoretiker nicht befriedigend könne, wenn laufend Fehler zugegeben und die Korrektur in Angriff genommen würde. Es käme darauf an, die Ursachen einiger immer ähnlicher Fehler aufzudecken, ihren Generalnenner zu finden. Mir schien dies das falsche Verhältnis Führung – Masse zu sein. Ich sagte es nicht, aber ich meinte es – Diktatur über das Proletariat statt Diktatur des Proletariats. Zöger kritisierte mit unverhohlener Empörung einige Mißstände. Harich theoretisierte sehr klug und überzeugend über die internationale Lage und die Vorgänge im sozialistischen Lager. Becher merkte wohl, daß allmählich Themen zur Sprache kamen, die in einen anderen Kreis gehörten, und wir waren derselben Meinung. Er schlug vor, die von Harich begonnene Diskussion zu anderer Zeit in einem größeren Kreis fortzuführen, womit wir sehr einverstanden waren. (S. 110 f.)

Bei einer späteren Gelegenheit, einer Aussprache des Politbüros mit den führenden Schriftstellern nach Harichs Verhaftung [am 29. November], machte Ulbricht den Schriftstellern Vorwürfe, sie hätten sich Harichs Reden angehört und es nicht der Partei gemeldet. Er habe Harich nur einmal gehört, aber sofort verstanden, daß hier der Feind spricht ... Wir machten uns auf einen harten und langen Winter gefaßt. Im SONNTAG tasteten wir uns von Nummer zu Nummer. In der Redaktion herrschten Verwirrung, Niedergeschlagenheit. Von allen Seiten kamen Angriffe auf uns [...]. (S. 105)

Nuschke-CDU, ausgeht. Das heißt: es darf nicht geschehen, daß der sozialistische Charakter unseres Staates bürgerlich verwässert wird, daß Maßnahmen, die bei den Massen Anklang finden, der Tätigkeit bürgerlicher Kräfte zugeschrieben werden. Selbst diejenigen Maßnahmen, die der Gewinnung des Kleinbürgertums dienen, müssen von der SED ausgehen. Auch wäre es falsch, die Terminologie durch Parolen zu verwässern, die zweideutig und überlebt sind. Die Forderung der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher, demokratischer Grundlage muß der Außenpolitik der Sowjetunion überlassen bleiben. Die SED und die Regierung der DDR müssen offen mit der Forderung eines *sozialistischen* Gesamtdeutschland auftreten, sie müssen aber zugleich *das Besondere* des *deutschen* Weges zum Sozialismus betonen, eines Weges, der die friedliche, parlamentarische Machtergreifung durch die Arbeiterklasse in Westdeutschland, die Umgestaltung des westdeutschen Staatsapparats durch Entfernung der faschistischen und militaristischen Elemente und eine allmähliche sozialistische Umgestaltung der westdeutschen Wirtschaft unter Beibehaltung selbständiger kleinbürgerlicher Produktion für eine lange Periode einschließt. Es kommt nicht darauf an, die sozialistische Entwicklung, die wir anstreben, mit bürgerlich-demokratischen Parolen (die uns niemand mehr glaubt) zu tarnen. Es kommt umgekehrt darauf an, in der Agitation und Propaganda und ebenso in der Praxis zu beweisen, daß in unserer Zeit nur die Arbeiterklasse, wenn sie die Macht in der Hand hat und den Sozialismus aufbaut, imstande ist, die bleibenden Errungenschaften *auch* der bürgerlichen Demokratie zu sichern und auf höherer Stufe weiterzuentwickeln.

3. Unbedingt erforderlich ist, daß die SED und die Regierung der DDR noch unmißverständlicher als bisher erklären, daß sie nicht gewillt sind, einer Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen, die die Macht der Arbeiter und Bauern oder auch nur eine einzige der sozialen Errungenschaften der DDR gefährden könnte. Es ist weiter erforderlich, daß von seiten der SED und der Regierung der DDR die Wiedervereinigung Deutschlands unmißverständlich davon abhängig gemacht wird, daß in der Bundesrepublik die fortschrittlichen Kräfte die Macht ausüben, daß die Staatsorgane der Bundesrepublik von Militaristen und Faschisten gesäubert, das Land der Großgrundbesitzer aufgeteilt, die Monopole, Kartelle, Trusts, Syndikate zerschlagen und die Grundstoffindustrien [?] in die Hände des Volkes, in die Hände der Arbeiterklasse überführt werden. Gleichzeitig aber müssen in der DDR selbst schon jetzt Reformen durchgeführt werden mit dem Ziel, alle Erscheinungen zu beseitigen, die geeignet sind, diese Bedingungen und Forderungen der SED und der Regierung der DDR bei den Massen zu diskreditieren. Das heißt, es kommt darauf an, in Deutschland mit rücksichtsloser Offenheit das Banner des Kampfes für den Sozialismus aufzupflanzen und gleichzeitig diesem Sozialismus neue Formen zu geben, die den besonderen deutschen Bedingungen maximal angepaßt und den Massen in beiden Teilen Deutschlands unmittelbar verständlich sind, Formen, die sich von dem sowjeti-

schen und auch von dem volksdemokratischen Typus des Sozialismus wesentlich unterscheiden müssen, Formen, die es gestatten, die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse zu begeistern und darüber hinaus die breitesten Kreise des Volkes zu der Erkenntnis zu bringen, daß für sie nicht die kapitalistische Restauration, sondern nur der Weg der sozialistischen Umgestaltung von Vorteil ist. Diese besonderen deutschen Formen des Sozialismus müssen *jetzt* gefunden und beharrlich entwickelt werden, und sie müssen in dem Augenblick, wo das kapitalistische System in Westdeutschland in eine Krise gerät, wo sich die Lebensverhältnisse der westdeutschen Bevölkerung rapide verschlechtern, auf die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes – die Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, Intellektuellen – eine magnetische Anziehungskraft ausüben.

4. Notwendig ist, daß die SED und die KPD eine tiefgreifende, umfassende Selbstkritik ihrer Fehler aus der Vergangenheit ausarbeiten (vgl. hierzu Anlage 1), eine Selbstkritik, die nichts verschweigen und beschönigen darf, und daß in diesem Zusammenhang einige wenige Funktionäre, die sich im Zusammenhang mit den betreffenden Fehlern besonders exponiert haben und die kein Vertrauen bei den Massen mehr genießen, abberufen und mit weniger leitenden Funktionen betraut werden, freilich so, daß ihre Parteiergebenheit, ihre Talente und Energien in geeigneter Form der Partei erhalten bleiben. Eine solche Selbstkritik und ein solcher Personalwechsel in der Führung sind unerlässlich, wenn die Partei begangene Fehler radikal überwinden, wenn sie das Vertrauen der Arbeiterklasse in beiden Teilen Deutschlands erobern, wenn sie für die fortschrittlichen Kräfte in der Sozialdemokratie bündnisfähig werden und ihre eigenen Mitglieder und Sympathisierenden für die vielseitigen Aufgaben des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus mobilisieren soll. Das beste wäre es, diese Selbstkritik in der Form einer umfassenden öffentlichen Parteidiskussion zu entwickeln und auf dem nächsten Parteitag der SED – bzw. den nächsten Parteitag der SED und KPD gesondert – zum Abschluß zu bringen. Von einer solchen Parteidiskussion würde zwar auch der Gegner vorübergehend zu profitieren versuchen, vor allem aber würde sie – und das ist das Entscheidende und Positive – dazu beitragen, die Massen näher an die Partei heranzuführen, diejenigen Kräfte, die in der Sozialdemokratie für die Aktionseinheit mit den Kommunisten eintreten, zu stärken und den Funktionärskörper der Partei auf seine neuen Aufgaben vorzubereiten. (Anlage 1 enthält eine Aufzählung derjenigen Fehler, die in einer solchen Diskussion – nach meiner Meinung – diskutiert werden sollten. Es muß gesagt werden, daß Ansätze zu einer solchen Selbstkritik in früheren Jahren stets in Halbheiten steckengeblieben sind, weil jede gründlichere Analyse an bestimmten Punkten auf Fehler gestoßen wäre, die mit den negativen Seiten der Stalinschen Politik zusammenhängen. Und es muß weiter gesagt werden, daß sich gegenwärtig in der SED die Tendenz bemerkbar macht, die selbstkritische Überprüfung der eigenen Fehler einzudämmen, weil offenbar das Prestige des Ersten Sekretärs der Partei, des Genossen Walter Ulbricht, mit dem Parteiinteresse selbst identifiziert wird. Ähnlich

[...] Am 26. 2. [1957] wurde ich durch ein Schreiben der Poststelle des ZK zu einer »Aussprache« in die Bezirksleitung geladen. Drei Genossen saß ich dort gegenüber: Herta Geffke, Sens und Eichholz (BPKK Berlin). Sie begannen die »Aussprache« wie folgt: »Das Politbüro hat uns beauftragt, gegen dich als Mitglied der parteifeindlichen Harich-Gruppe ein Parteiverfahren durchzuführen«.

Da wußte ich, was die Uhr geschlagen hatte. Wir also sind die Harich-Gruppe, die Genossen im SONNTAG, im [Aufbau] Verlag und an den wissenschaftlichen Instituten, mit denen Harich zu tun hatte. Auf uns sollte alles das zutreffen, was Ulbricht auf dem 30. Plenum [am 30. Januar 1957] gesagt hatte. Es trifft nicht zu, also hat er gelogen. (S. 93)

Die ganze Verhandlung lief darauf hinaus, uns der Bildung einer parteifeindlichen fraktionellen Gruppierung zu bezichtigen. Gegen alle, die Harichs Ansichten kennen, werden solche Verfahren durchgeführt: Zöger, Schubert, Caspar, Düwel, Alfred Kosing – das sind die mir bekannten. [...] (S. 94)

[...] eines ist mir jetzt klargeworden, nachdem Ulbricht mit allerschwerstem Geschütz auf uns feuert: Eine vage oppositionelle Stimmung hatte damals [1956] weite Teile der Partei ergriffen. Besonders unter den Parteiintellektuellen keimten auf den einzelnen Fachgebieten (Ökonomie, Landwirtschaft usw.) neuartige Ansichten, die infolge der Unterdrückung des geistigen Lebens nicht ausgereift waren, die sicher auch Irrtümer enthielten, aber im Wesen auf der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die deutsche Gegenwart beruhen. Wir im Verlag und

liegen die Dinge offenbar auch in der ungarischen KP beim Genossen Rakosi.)

5. Die ökonomische Politik in der DDR muß darauf gerichtet sein, eine, den objektiven Möglichkeiten entsprechend sehr weitgehende, unmittelbare Hebung des Lebensstandards der werktätigen Massen zu erzielen, mit dem Ziel, in dieser Beziehung die Bundesrepublik einzuholen und zu überholen. Es schadet durchaus nichts, wenn dabei auf dem Territorium der DDR eine weitere Einschränkung der Investitionen in der Schwerindustrie und eine Verletzung des Prinzips vom Primat der Produktion von Produktionsmitteln in Kauf genommen werden muß, es sei denn, daß es sich um solche Produktionsmittel handelt, die auf dem Wege des Exports unmittelbar der Beschaffung hochwertiger Konsumgüter dienen können. Im Gesamtzusammenhang des sozialistischen Lagers gesehen, braucht eine solche Verschiebung der Proportionen in der DDR (und unter Umständen auch in der an Westdeutschland ebenfalls angrenzenden CSR) keine *wesentliche* Störung herbeizuführen; im gesamtdeutschen Maßstab aber kann sie ein geeignetes Mittel sein, die werktätigen Massen in der Bundesrepublik auf den Weg der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu treiben, und so über kurz oder lang die Einbeziehung der westdeutschen Produktionskapazität (Ruhrgebiet!) in das sozialistische Weltssystem zur Folge haben, womit der Sieg des Sozialismus in Europa entschieden sein dürfte. Es kommt nicht darauf an, die bestehende schwerindustrielle Basis in der DDR – sei es im Sinne einer Autarkie der DDR, sei es im Sinne der *unmittelbaren* Koordination ihrer Wirtschaft mit den Ländern des sozialistischen Lagers – weiter auszubauen. Worauf es ankommt, ist, die Lebensverhältnisse in der DDR möglichst schnell so zu gestalten, daß die DDR als Mittel (Magnet) der Eroberung der schwerindustriellen Basis Westdeutschlands für den Sozialismus wirksam werden kann. Wenn bei einer weiteren Zuspitzung der Klassengegensätze in Westdeutschland infolge der Remilitarisierung, wenn bei einem Absinken des Lebensstandards der werktätigen Massen Westdeutschlands *gleichzeitig* in der DDR ein rapider Aufschwung in der Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung erfolgt, wenn weiter in einer Situation, in der Westdeutschland von der Krise erfaßt und durch Massenarbeitslosigkeit heimgesucht sein wird, die Vollbeschäftigung in der DDR anhält und der Lebensstandard in der DDR weiter ansteigt, dann wird es zweifellos möglich sein, in Westdeutschland die politische Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten und die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Sozialismus zu vollziehen, und dies hätte für die sozialistische Weltrevolution eine bei weitem größere Bedeutung, als der Ausbau der Schwerindustrie und der Produktion von Produktionsmitteln in der DDR sie jemals haben könnte, selbst wenn alle Kräfte in der DDR in den nächsten Jahren – bis zum Ausbruch der kapitalistischen Krise – aufs äußerste angespannt würden.

6. Es ist notwendig, daß im Wirtschaftsleben der DDR Reformen

durchgeführt werden, die das sozialistische Eigentum zwar nicht im Inhalt verändern, aber es zu einer *Form* gestalten, die den sozialistischen Charakter dieses Eigentums für die breitesten Massen der Werktätigen, auch wenn sie vom Marxismus noch nichts gehört haben, unmittelbar einleuchtend macht. Das heißt, die Produktionsbetriebe der DDR, die Volkseigentum sind, sollten in einer Weise organisiert und geführt werden, die etwa dem jugoslawischen Beispiel entspricht, sich aber von dem in der Sowjetunion und den Volksdemokratien bevorzugten System wesentlich unterscheidet, ohne daß der soziale Inhalt ein anderer wäre. Unter der Bedingung, daß die Sowjetunion auf dem Territorium der DDR ihre Truppen stationiert hat, daß hinter der DDR das mächtige sozialistische Lager steht, daß die jugoslawischen Genossen mit einem derartigen neuen System bereits ihre Erfahrungen gemacht haben, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die deutschen Arbeiter, Ingenieure und Angestellten außerordentlich fleißig, pünktlich, qualifiziert und mit ihrer Arbeit verbunden sind, können wir uns ohne weiteres ein Experiment leisten, das die volkseigene Industrieproduktion der DDR maximal dezentralisiert, den einzelnen volkseigenen Betrieben ein Maximum an Eigenverantwortlichkeit überträgt und die Arbeiter in maximaler Weise zu unmittelbaren Herren ihrer Betriebe macht. Wir könnten mit diesem Experiment erreichen, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter in der DDR einen neuen Aufschwung erhält und die Arbeiter in den Großbetrieben der Bundesrepublik Westdeutschland dazu ange reizt werden, dem Beispiel ihrer Klassenbrüder in der DDR zu folgen. Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß der deutschen Arbeiterklasse jede hochzentralisierte Organisation der Wirtschaft durch die Erfahrungen mit dem Faschismus äußerst verhaßt und es daher in Deutschland besonders schwer ist, die Arbeiter in ihrer Masse für eine hochzentralisierte sozialistische Produktion zu begeistern. Aus diesem Grunde findet in Deutschland die demagogische Diffamierung des Sozialismus als »staatskapitalistische Ausbeutung«, die demagogische Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus besonders leicht Verbreitung, es ist hier besonders leicht, die »Planbürokratie« als »Parasitenkaste« zu diffamieren usw. Wir können dem Gegner diese Demagogie unmöglich machen, wenn wir jetzt in der DDR (nach gründlicher wissenschaftlicher Vorbereitung, nach kritischer Prüfung der einschlägigen anarcho-syndikalistischen Literatur und nach umfassendem Erfahrungsaustausch mit den jugoslawischen Genossen) dazu übergehen, eine Organisation der sozialistischen Produktion zu entwickeln, deren sozialistischer Charakter auch für das Bewußtsein des rückständigsten, antisowjetisch verhetzten und irreführten Arbeiters über jeden Zweifel erhaben ist. Auch dies würde ein Mittel sein, die DDR zu einem Mittel der Eroberung Westdeutschlands für den Sozialismus zu machen.*

7. Der privaten Wirtschaftsinitiative der kapitalistischen Elemente in der Industrie, der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem Handel der DDR muß ein so breiter Raum gewährt werden, wie es nur möglich ist, jedenfalls ein breiterer Raum, als dies jemals nach

im SONNTAG, glaube ich behaupten zu können, waren am weitesten fortgeschritten in der allseitigen Formulierung dieser theoretischen Erkenntnisse und ihrer politischen Konsequenzen. Hätte man eine offene, freie Diskussion gestattet, so hätten wir wahrscheinlich diese Kräfte um uns geschart.

Das ist, wie gesagt, heute (März 1957) meine Meinung. Damals hielten wir uns keineswegs für so bedeutsam und wichtig. Wir fühlten uns als Suchende, Wahrheits-sucher und in dieser Rolle glücklich. Wir waren durchaus optimistisch, fühlten das Recht auf unserer Seite und auch die Zukunft. [...] (S. 109)

* Dem vorangehenden, sechsten Absatz schloß sich ein siebter an, den Harich strich, nachdem er den ursprünglich achten geschrieben hatte: 7. Es ist notwendig, daß wir die

spießbürgerlichen Tendenzen von vielen deutschen Arbeitern, ihren Individualismus in der Feierabendgestaltung, ihr Streben nach dem Schrebergarten usw. so weit wie irgend möglich berücksichtigen, daß wir Massendemonstrationen u. dgl. nur in äußerst seltenen, unerläßlichen Fällen und nur auf der Basis unbedingter Freiwilligkeit organisieren, daß wir die politische Agitation weniger in Form von Versammlungen, Hausgemeinschaften usw. und mehr in der Form des individuellen, persönlichen Gesprächs durchführen und im übrigen durch eine interessante und vielseitige Gestaltung unserer sozialistischen Presse und unseres Rundfunks das Bewußtsein der Massen wirksam zu beeinflussen suchen. Nur so werden wir eine sozialistische öffentliche Meinung in der DDR erzeugen, die auf ganz Deutschland ausstrahlen kann. (Vgl. dazu auch Anlage 3). Nur so werden wir unseren Gegnern das demagogische Argument aus der Hand schlagen können, daß unser System irgendetwas mit der Massenreglementierung der Nazis zu tun habe.

1945 der Fall gewesen ist. Es ist dabei von folgenden Gesichtspunkten auszugehen: a) Unter den Bedingungen der Existenz des sozialistischen Weltsystems, der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern in der DDR und des Vorhandenseins eines starken sozialistischen Sektors in allen entscheidenden Zweigen der Industrie bedeutet eine Belebung des kleinbürgerlichen Kapitalismus in Stadt und Land keine Bedrohung; b) Es ist durchaus möglich, Formen der Ausbeutung im kapitalistischen Sektor zu unterbinden, die auf eine Verelendung von Teilen des Proletariats hinausführen und uns von diesen Teilen des Proletariats isolieren würden; c) Eine Belebung des kleinbürgerlichen Kapitalismus in Stadt und Land würde wesentlich zu einer rapiden Verbesserung der materiellen Lebenslage der Massen beitragen; d) Das Entscheidende ist, daß eine kapitalistische Krise in Westdeutschland und ganz Westeuropa breite Massen des dortigen Kleinbürgertums ruinieren wird und daß in diesem Augenblick diesen Massen durch das Beispiel der DDR sinnfällig klargemacht werden kann, daß ihre ökonomischen Interessen bei der siegreichen Arbeiterklasse besser aufgehoben sind als in einer Gesellschaft, die vom Monopolkapital beherrscht wird. Schon aus diesem Grunde genügt es nicht zu sagen, in der DDR bestehe die Möglichkeit, die kleinbürgerliche Produktion mit friedlichen Methoden sozialistisch umzugestalten. Wenn man die Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung Gesamtdeutschlands im Auge hat, muß man vielmehr sagen, daß in der DDR vorläufig gar nicht die Aufgabe steht, die Kleinbourgeoisie sozialistisch zu modeln, sondern die andere, der Eroberung ganz Deutschlands untergeordnete Aufgabe, diese Kleinbourgeoisie durch Zulassung ihrer weitgehenden freien Entfaltung in der DDR zu einer Reserve des gesamtdeutschen Proletariats zu machen und sie so aus ihrer Bindung an die reaktionären imperialistischen Kräfte herauszureißen. Es kommt jetzt und für die nächste Zeit nicht darauf an, in der DDR – wenn auch mit friedlichen Methoden und ohne Praxis des sich verschärfenden Klassenkampfes – zur *Vollendung* der sozialistischen Produktionsverhältnisse voranzuschreiten, sondern es kommt darauf an, in der DDR eine solche ökonomische Politik durchzuführen, daß in der Situation einer Wirtschaftskrise im Westen die Kleinbourgeoisie beider Teile Deutschlands für eine Wiedervereinigung gewonnen werden kann, bei der die Arbeiterklasse die führende politische Kraft ist und in ganz Deutschland ihre Herrschaft errichtet. Erst wenn das geschehen ist, kann im Rahmen Gesamtdeutschlands zu einer allmählichen, friedlichen sozialistischen Umgestaltung auch der Kleinbourgeoisie fortgeschritten werden. Es wäre ein Fehler, in dieser Beziehung in dem engen Rahmen der DDR vorschnelle Entscheidungen zu treffen, wie es ein Fehler gewesen wäre, wenn 1917 die Bolschewiki in Rußland nicht die Aufteilung des Großgrundbesitzes, sondern den sofortigen Übergang zur Großproduktion in der Landwirtschaft proklamiert hätten.

8. Auf ideologischem Gebiet müssen wir unbedingt dafür sorgen, daß alle Mittel der *politischen* Meinungsbildung der Öffentlichkeit in der Hand der SED oder unter deren Kontrolle bleiben und daß

keinerlei oppositionelle Agitation in der Presse oder über den Rundfunk der DDR geduldet wird. Wir müssen ferner dafür Sorge tragen, daß alle institutionellen Voraussetzungen für eine breite Wirksamkeit der Ideen des Marxismus-Leninismus erhalten bleiben und maximal ausgenutzt werden, daß vor allem die Jugend in der FDJ, in den Schulen und Universitäten im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus erzogen wird. Gleichzeitig aber dürfen wir uns nicht mehr der Illusion hingeben, daß es möglich wäre, in der DDR die Verbreitung bürgerlicher Ideen in der Philosophie, Wissenschaft, Kunst und Literatur zu unterbinden. Alle Maßnahmen, die wir in dieser Beziehung in der Vergangenheit ergriffen haben, waren – was in dem gespaltenen Deutschland und bei der Existenz Westberlins im Herzen der DDR kein Wunder ist – völlig zwecklos und haben nur dazu beigetragen, uns bei der Masse der Intellektuellen diesseits und jenseits der Zonengrenze zu diskreditieren. Wir müssen ein klar umrissenes, strenges Verbot jeder Form von Rassen- und Völkerverhetzung, jeder Kriegshetze, jedes Antisemitismus usw. erlassen, müssen weiter von den Intellektuellen, die in unserer Republik tätig sind, strikte Loyalität gegenüber dem Staat verlangen, im übrigen aber die philosophische, wissenschaftliche und belletristische Literatur des Westens ungehindert bei uns zulassen und es jedem Intellektuellen, der nicht zur Partei der Arbeiterklasse gehört, freistellen, welche Ideologie er in Wort und Schrift vertreten will. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß wir die Massen der Intelligenz in Gesamtdeutschland auf unsere Seite ziehen, und nur wenn wir in der DDR selbst diese Voraussetzung schaffen, werden wir breiteste Kreise der Intelligenz auch dafür gewinnen können, mit Marxisten in Meinungsstreit zu treten. Jede autoritäre Intervention der Partei in Fragen der Philosophie, Wissenschaft, Kunst und Literatur, jeder administrative Druck auf Andersdenkende muß unterbleiben.

9. Die juristischen Institutionen und Sicherheitsorgane der DDR müssen fest in der Hand der Arbeiterklasse bleiben, aber so gehandhabt werden, daß sie der gegnerischen Propaganda keinerlei Angriffsfläche mehr bieten. Verbrechen feindlicher Agenten müssen streng geahndet, aber die Prozesse auch gegen diese Kategorie von Verbrechern müssen unter strikter Einhaltung der formellen Regeln einer Strafprozeßordnung geführt werden, die den Traditionen fortschrittlicher Rechtspflege in den Staaten des Westens entspricht. Es ist immer noch besser, wenn der eine oder andere Agent durchschlüpfen kann, als wenn das System der Unschädlichmachung von Agenten ständig das Vertrauen der breitesten Massen zur Arbeiter- und Bauernmacht erschüttert. Auch im Strafvollzug sind vorbildliche Verhältnisse zu schaffen, die die Erziehung der Verurteilten zu fortschrittlichen Menschen begünstigen. Die Todesstrafe ist abzuschaffen. Mit alledem können wir es gleichzeitig der Bourgeoisie im Westen erschweren, zu Methoden einer Terrorjustiz zu greifen, und sie überzeugend vor der Weltöffentlichkeit entlarven, sobald sie von derartigen Methoden Gebrauch macht. Um das Vertrauen der Massen auf die zukünftige, reformierte Rechtspflege der DDR zu stärken, müssen die Fehler,

die auf diesem Gebiet in der Vergangenheit begangen wurden, von der Partei rücksichtslos aufgedeckt und verurteilt werden. Falsch und unzulässig ist es, diese Fehler jetzt damit zu entschuldigen, daß sie auf die Situation des kalten Krieges zurückzuführen und also eigentlich gar keine Fehler gewesen seien. Zweckmäßig wäre es, den bei der Bevölkerung besonders verhaßten Justizminister, Genossin Hilde Benjamin, und den Generalstaatsanwalt Genossen Melsheimer abzubufen.